

„Kein kirchliches Gelände für ein militärisches Zeremoniell“

Mehrheitlich hat der Vorstand der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Obernkirchen während einer außerordentlichen Sitzung eine Vereidigungs- und Gelöbnisfeier der Bundeswehr am 18. September auf dem Kirchplatz abgelehnt. Die Stadt Obernkirchen hatte einen entsprechenden Antrag bei der Kirchengemeinde gestellt, weil man sich im Rathaus von der Feier der Heeresflieger Bückeburg eine werbende Wirkung versprochen hatte.

Obernkirchen. In einer zweiseitigen Erklärung verweisen die Mitglieder des Kirchenvorstandes darauf, dass sie sich bewusst seien, mit dieser Entscheidung Kirchenmitglieder in ihrem Empfinden zu dieser Frage verletzen zu können – so wie eine Zustimmung zur Nutzung andere Kirchenmitglieder verletzt hätte.

Keinesfalls gehe es den Mitgliedern mit diesem Beschluss um eine pauschale Ablehnung der Bundeswehr oder ihres Auftrages: „Es geht auch nicht um Kritik am einzelnen Soldaten, der sich zum Dienst in der Bundeswehr zur Verfügung stellt und sehr bewusst unter Abwägung der ethischen Fragen Soldat ist, um der Friedenssicherung zu dienen.“ Deshalb sei man auch gerne bereit, die Stiftskirche als Gotteshaus für den üblichen Gottesdienst anlässlich des Gelöbnisses zur Verfügung zu stellen. Aber eben kein kirchliches Gelände für ein feierliches Gelöbnis: Für die Mehrheit der Kirchenvorstandsmitglieder „besteht eine erhebliche Spannung zwischen einem militärischen Zeremoniell und kirchlichem Gelände, auf dem das Friedensgebot Jesu Priorität haben sollte“. Dabei beruft sich der Kirchenvorstand auf die Bibel, in der es bei Matthäus, 5,9 heißt: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen.“

Dabei habe der Kirchenvorstand auch nicht übersehen, dass militärische Mittel zur Friedenssicherung in einer verfahrenen Situation unvermeidbar sein könnten und die Bundeswehr sich gerade auf diesem Gebiet verdient gemacht habe. Aber christliche Gemeinden sollten in diesen Fragen „Salz der Erde“ sein und deutlich machen, dass sie „die Anwendung von Gewalt und militärischen Mitteln von Jesu Vorbild her immer kritisch zu hinterfragen haben“. Der Kirchenvorstand verweist dabei auf den Irak-Krieg, in dessen Vorfeld mit der Warnung vor dem Krieg „einem fundamentalen ökumenischen Konsens“ gefolgt worden sei, der besage: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein.“

In der sehr ausgewogenen Erklärung werden auch die Kritiker dieser Entscheidung mit ihren Argumenten zitiert: Diese sahen keinen Grund, den Platz für eine verfassungsgemäße Veranstaltung zu verweigern. Für sie stand im Vordergrund, mit der Zustimmung zum Gelöbnis ein Zeichen der Solidarität mit den jungen Menschen zu setzen, die einen schweren Dienst zu leisten hätten. Der Kirchenvorstand, so schließt die Erklärung, bitte darum, die Mehrheitsentscheidung zu respektieren. Man sei aber zu ernsthaften Gesprächen darüber bereit – vor allem mit allen, die anderer Auffassung seien.

Einen kleinen Seitenhieb gibt es noch in Richtung Rathaus: Dort sei in ersten Koordinierungsgesprächen mit Vertretern der Bundeswehr schon über die Nutzung des Platzes nachgedacht worden, ohne dass der Kirchenvorstand vorher über die Nutzung hätte entscheiden können.

Gegen diese Entscheidung des Kirchenvorstandes will der stellvertretende Bürgermeister und Ratsherr Udo Theel, heute zwischen 11.30 Uhr und 13 Uhr auf dem Kirchplatz protestieren – allerdings als Privatperson und nicht als Funktionsträger.